

Antrag

der AfD-Fraktion

Berlin bewirbt sich um die EXPO 2035 – wirtschaftsgetriebene Konzeptentwicklung und Bewerbungsvorbereitung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

die Bewerbung Berlins um die Ausrichtung der Weltausstellung EXPO 2035 als strategisches Standort-, Investitions- und Modernisierungsprojekt des Landes Berlin grundsätzlich zu unterstützen und die hierfür erforderlichen konzeptionellen Vorarbeiten geordnet einzuleiten.

Im Einzelnen:

- a) die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWiEnBe) mit der fachlichen Erstellung, Weiterentwicklung und Koordinierung eines Bewerbungskonzepts EXPO 2035 zu beauftragen. Die Konzeptentwicklung umfasst insbesondere die Weiterentwicklung eines dezentralen EXPO-Konzepts für Berlin und die Metropolregion unter Nutzung bestehender Standort-, Infrastruktur- und Innovationspotenziale, sowie die Ermittlung des Budgets für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausrichtung der EXPO 2035 in Berlin, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Logistik, Standort- und Flächenentwicklung, digitale Besucher- und Sicherheitsinfrastruktur;
- b) dafür einmalig bis zu 1.000.000 € bereitzustellen. Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudien, der Erarbeitung der formalen und inhaltlichen Bewerbungsunterlagen, der projektbezogenen, zeitlich befristeten fachlichen Unterstützung der SenWiEnBe;
- c) sicherzustellen, dass das Bewerbungskonzept vorrangig auf investive Maßnahmen mit dauerhaftem Nutzen für Berlin ausgerichtet ist und keine dauerhaften Folgekosten ohne strukturellen Mehrwert erzeugt. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen: Infrastrukturmaßnahmen mit Alltagsnutzen (ÖPNV, Verkehrsverknüpfung, Barrierefreiheit), die Stärkung

des Wirtschafts-, Innovations- und Wissenschaftsstandorts Berlin, nachhaltige Nachnutzungs- und Standortkonzepte („Legacy“);

- d) festzustellen, dass die Berliner Wirtschaft, ihre Stakeholder sowie Teile der nationalen und internationalen Geschäftswelt bereits heute tragende und hoch motivierte Säulen einer möglichen EXPO-Bewerbung Berlins darstellen und dass von dort ein positiver Initial-Impuls für die Idee einer EXPO 2035 ausgeht; der Senat wird aufgefordert, diesen bestehenden Impuls aufzugreifen, zu bündeln und in eine professionelle Struktur zu überführen, in das Bewerbungskonzept der SenWiEnBe zu integrieren und als wirtschaftspolitische Chance zur Mobilisierung von Investitionen, Innovationspartnerschaften und internationaler Sichtbarkeit des Standorts Berlin zu nutzen;
- e) festzustellen, dass die Bewerbung um die EXPO 2035 und eine mögliche Olympiabewerbung Berlins kein Gegeneinander („Entweder-oder“) darstellen, sondern bei sachgerechter Planung in einer symbiotischen Vorteilssituation stehen; insbesondere, dass
 - a) investive Infrastrukturmaßnahmen, Verwaltungsmodernisierung und internationale Sichtbarkeit wechselseitig nutzbar sind,
 - b) die EXPO als wirtschafts- und strukturpolitischer Modernisierungshebel und Olympia als globaler Aufmerksamkeitshöhepunkt aufeinander aufbauen können,
 - c) eine EXPO-Bewerbung geeignet ist, Vorleistungen und Standortqualitäten zu schaffen, die auch für eine spätere erfolgreiche Ausrichtung Olympischer Spiele nutzbar sind;

Dem Abgeordnetenhaus bis spätestens 30. September 2026 einen Bericht und Beschlussvorschlag vorzulegen, der mindestens enthält:

- a) den Stand der Konzept- und Bewerbungsunterlagen,
- b) eine Grobkalkulation der investiven und konsumtiven Kosten sowie mögliche Finanzierungsoptionen (Land, Bund, EU, private Mittel),
- c) eine Darstellung der dauerhaften Standort-, Infrastruktur- und Wirtschaftseffekte,
- d) eine Risiko- und Zeitplanung einschließlich Genehmigungs- und Vergabepfaden,
- e) eine Einschätzung zur erforderlichen Einbindung des Bundes sowie zur möglichen Verzahnung mit weiteren internationalen Großveranstaltungen.

Begründung

Berlin steht vor der Aufgabe, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsattraktivität und infrastrukturelle Leistungsfähigkeit nachhaltig zu stärken. Die Bewerbung um die EXPO 2035 bietet hierfür einen ordnungspolitisch sinnvollen, wirtschaftsgetriebenen Ansatz, der auf Investitionen, Modernisierung und dauerhaften Nutzen abzielt.

Richtig konzipiert ist eine Weltausstellung kein kurzfristiges Event, sondern ein Instrument zur Bündelung von Investitionen, Innovationen und internationaler Vernetzung. Für Berlin kann die EXPO 2035 ein Katalysator sein, um überfällige Modernisierungsprozesse gezielt voranzubringen.

Das häufig vorgebrachte Argument, Berlin müsse sich zwischen EXPO und Olympischen Spielen entscheiden, greift zu kurz. Beide Vorhaben verfolgen unterschiedliche, aber komplementäre Zielsetzungen. Während die EXPO auf langfristige wirtschaftliche und infrastrukturelle Effekte zielt, entfalten Olympische Spiele eine punktuelle, aber weltweit maximale Aufmerksamkeit. In Kombination können beide Formate ihre jeweiligen Stärken entfalten.

Die EXPO-Idee wird bereits heute maßgeblich von der Berliner Wirtschaft und der internationalen Geschäftswelt getragen. Dieser unternehmerische Gestaltungswille ist ein entscheidender Erfolgsfaktor. Der Antrag zielt darauf ab, diesen Impuls aufzugreifen und in eine professionelle staatliche Koordinierung zu überführen, ohne ihn zu ersticken.

Mit der Bereitstellung von 1,0 Mio. € für Studien und Bewerbungsunterlagen wird keine Vorentscheidung getroffen, sondern die Grundlage für eine verantwortungsvolle parlamentarische Entscheidung geschaffen. Transparenz, Kostenklarheit und Risikobewertung stehen im Vordergrund.

EXPO 2035 und Olympiabewerbung sind keine Alternativen, sondern potenzielle Bausteine einer strategischen Standortentwicklung Berlins. Der Antrag verbindet wirtschaftlichen Realismus mit internationalem Anspruch und stellt den dauerhaften Nutzen für Berlin in den Mittelpunkt.

Berlin, den 9. Januar 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt Hansel
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion